

der Mindestreservesatz noch die Eigenkapitalrichtlinien von Basel I-III ermöglichen eine spezifische Regulierung unterschiedlicher Assetklassen und damit Aktivitäten der Banken. Im Rahmen von *asset based reserve requirements* hingegen soll die individuelle und spezifische Regulierung von unterschiedlichen Aktivitäten der Geschäftsbanken durch die Finanzaufsicht möglich werden. Verbindet man die Argumentation der *asset based reserve requirements* mit Analysen des endogenen Geldes (siehe Abschnitt 2.2) so wird deutlich, dass durch ein Regulativ auf dieser Ebene der Zinspolitik der Notenbank wiederum eine stärkere Bedeutung zugeordnet wird, denn die Form einer ABRR Regulierung greift in das *asset and liability management* der Geschäftsbanken ein, das den Refinanzierungsbedarf der Geschäftsbanken verringern und damit in weiterer Konsequenz auch die Effekte der Zinssteuerung der Notenbank reduzieren kann.

4. Der öffentliche Sektor in der Krise und die Verschuldungsfrage

Die nächste Etappe der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise war die Manifestation der Krise als Verschuldungskrise in zahlreichen europäischen Staaten. Die kurzfristigen fiskalpolitischen Maßnahmen, die versuchten mittels Staatsgarantien die geldpolitischen Effekte sinkender Zinsen zu unterstützen, wurden durch die europäische Sparpolitik und die Forderungen nach konsolidierten Staatshaushalten – vor allem im Süden Europas – abgelöst.

Auch hier stellt der Postkeynesianismus eine Alternative zur gängigen Wirtschaftspolitik dar. Neben einem „*fine tuning*“ der Volkswirtschaft, die durch eine Stabilisierung der effektiven Nachfrage zu konjunkturelle Schwächen überwinden soll, wird im Rahmen des *functional finance*⁴¹ ein dauerhafter staatlicher Eingriff gefordert. Die Ausgangslage dabei ist die Gegenüberstellung von Überschuss- und Verschuldungseinheiten, sodass sich makroökonomisch ein Gleichgewicht ergibt. Wird mehr gespart, durch die Sparvolumina (Überschusseinheiten) im Land und mögliche Kapitalzuflüsse, als die möglichen Verschuldungseinheiten – durch Investitionen – bereit sind aufzunehmen, so muss der Staat auftreten und die überschüssigen Sparvolumina abrufen.⁴² Auf diese Weise müssen wiederum die Staatsausgaben und die Staatseinnahmen (Steuereinnahmen) auseinanderklaffen. Damit geht der Ansatz des *functional finance* über die Forderung von Minsky hinaus, der zwar einen aktiven öffentlichen Sektor fordert und massive Eingriffe des Staates in den Arbeitsmarkt, bis hin zur Schaffung eines Parallelarbeitsmarktes, der aber auch von der Bedeutung eines langfristig ausgeglichenen Budgets ausgeht, um die internationale Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren. Folgt man hingegen dem hier vorgestellten Ansatz, so können auch langfristige Budgetdefizite argumentiert

werden, sofern die bestehenden Ungleichgewichte zwischen Überschuss- und Verschuldungseinheiten nicht nivelliert werden können. Bei einer genaueren Betrachtung kann jedoch zwischen diesen beiden postkeynesianischen Ansätzen eine konsistente Vorgangsweise gefunden werden. Zum einen gilt es, Ungleichgewichte zu überwinden und zum anderen wird verdeutlicht, dass auch im Rahmen des *functional finance* nicht automatisch von einem dauerhaften Defizit des öffentlichen Sektors ausgegangen wird, sondern, dass es sich vielmehr um einen Kontrapunkt zur bestehenden Spardoktrin des ökonomischen Mainstream handelt: „... *But if one promotes a balanced budget as an end in itself – as the ‚right‘ thing to do – it becomes ‚irresponsible‘ to do otherwise, despite potential effects and the sacrifice of macro goals. This is not consistent with the principle of functional finance. It is best referred to as dysfunctional finance.*“⁴³

Damit lassen sich aus postkeynesianischer Perspektive zwei wichtige Richtungen als wirtschaftspolitische Alternativen ableiten: Zum einen muss unmittelbar fiskalpolitisch eingegriffen werden und die effektive Nachfrage gesteigert werden. Die Suche nach einer fiskalischen Disziplin in Krisenzeiten ist nicht effektiv. Vielmehr lässt sich als weitere wirtschaftspolitische Stoßrichtung die Suche und Analyse von ökonomischen Ungleichgewichten identifizieren. Überschusseinheiten bedingen Verschuldungseinheiten – daher ist die Suche nach Ungleichgewichten und damit die Verteilungsfrage im Zentrum der Analyse und zeigt damit, angesichts der Entwicklung der letzten Jahre in Europa, dass diese Diskussion wesentlich ist für die Lösung von realwirtschaftlichen ökonomischen Problemen.

5. Die Realwirtschaft in der Krise und die Verteilungsfrage

Wie bereits eingangs erwähnt, ist eine räumliche Analyse wesentlich und wendet sich gegen die a-räumliche Darstellung des ökonomischen Mainstream. Obwohl die strukturell-institutionelle Diskussion im Postkeynesianismus die individuelle Situation von Staaten und Regionen ins Zentrum rückt, bleibt vor einem theoretischen Hintergrund eine geografische Analyse zumeist unbeachtet. Hier greift der Postkeynesianismus unter anderem auf die Diskussionen von Gunnar Myrdal⁴⁴ zurück, der in einer regionalen Entwicklung nicht immer nur positive Umlandeffekte sieht, sondern auch negative regionalwirtschaftliche Effekte ausmacht.

Verbindet man die Aspekte der räumlichen ökonomischen Untersuchung mit Fragen der ungleichgewichtigen Entwicklung, lassen sich die postkeynesianischen Analysen in Fragen der personellen und der funktionalen Einkommensverteilung unterscheiden. Vor allem im Bereich der Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung wird die Verbindung zur Erklärung steigender Disparitäten in Europa geschaffen.⁴⁵ Hein/Tru-